

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Freizeitsport und Jugend einschließlich Bringen und monatlich 90 Pf. für die Post bezogen vierteljährlich 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3,00. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Interate werden die 6spaltigen Feuillets mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Werbestellen 25 Pf. Interate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 63.

Dresden, Mittwoch den 18. März 1914.

25. Jahrg.

Das Dresdner Schöffengericht verurteilte die Gemaltesinger wegen angeblicher Verleumdung der preussischen und sächsischen Offiziere zu 200 Mark Strafe.

Im englischen Unterhaus erklärte Churchill, daß der Aufbruch des Deutschland in der Flottenrüstung, von England nachgeahmt werde.

In der französischen Kammer kam es gestern auslich der Caillaux-Rochette-Affäre zu scharfen Auseinandersetzungen.

Die Familie des gestrigen Calmette will sich gegen Frau Caillaux als Nebenklägerin anstellen.

Aus Regio werden mehrere Priesermorde gemeldet.

finden von Leipzig aus und von der Gesamtpartei in jeder Hinsicht ausgiebig unterstützt werden. Eine große Zahl unserer Reichstagsabgeordneten ist rednerisch im Kreise tätig gewesen. Wir dürfen auch mit dem Wahlergebnis zufrieden sein, obwohl es überhöchste Erwartungen, die etwa gehegt wurden, allerdings nicht befriedigen mag. Wir haben eine Zunahme von ca. 500 Stimmen zu verzeichnen gegen den 12. Januar 1912. Es darf nicht vergessen werden, daß es sich um einen der wenigen sächsischen Wahlkreise handelt, in denen noch die Landwirtschaft vorwaltet; im übrigen umfaßt der Kreis nur Kleinstädte, in die der große Zug modernen kapitalistischen Lebens nur erst wenig hineinragt. Andererseits hat die langsam zunehmende industrielle Arbeiterschaft treu zur sozialdemokratischen Fahne gehalten, und unsere Partei ist nicht stehen geblieben, sondern ein weiteres, wenn auch kleines Stück vorwärts gekommen.

Wenn verurteilt werden soll, aus der Wahl in Borna-Pegau allgemeine politische Schlussfolgerungen zu ziehen, so ist lediglich festzustellen, daß diese Wahl ein ähnliches Bild gibt wie verschiedene Reichstagswahlen der letzten Zeit, das Bild nämlich eines im wesentlichen gleichbleibenden Kräfteverhältnisses zwischen rechts und links. Die Reaktion trug sich mit der Erwartung, daß der Kampf von 1912 verlogen sei, daß die Stadtkalibrierung der Wähler wieder in einen „Kud nach rechts“ umschlagen werde. Die Sozialdemokraten bauten auf diese Hoffnungen schon ihre hochfliegenden Pläne nach Reichstagsauflösung und Vereitigung dieses „demokratisch ausgearteten“ Reichstages. Mit solchen Hoffnungen und Erwartungen ist es nichts. Nur die unklare Politik der Nationalliberalen hat den Verdruß mancher Wähler freigelegt und legt dieser Partei Verluste zu. Aber die Wände der Reaktion wachen nicht in den Himmel.

Die Sozialdemokratie steht fest und unerschütterlich. Wenn sie gegenwärtig nicht in großen Sprüngen vorwärts gelangt, so darf nicht vergessen werden, daß unsere Partei bei den Wahlen 1912 ganz ungewöhnliche Stimmenzunahmen hatte, wie vordem weder sie selbst noch sonst irgendeine Partei jemals aufzuweisen hatte. Es ist doch selbstverständlich nichts Seltsames, daß die Sozialdemokratie erst einmal die Willen Stimmen, die sie 1912 unter günstigen Wahlverhältnissen neu aufwachte, für sich festigt und zu ihrem sicheren Besitze macht. Diesen bedeutsamen Erfolg und noch darüber hinaus dürfen wir mit Genugtuung buchen. Diesen guten Erfolg hat uns auch Borna-Pegau bestätigt.

Der Ausgang der ausstehenden Stichwahl wird von den liberalen Wählern abhängen. Das Berliner Tageblatt sagt: „Wenn die sächsischen Liberalen für die Stichwahl genügend politische Einheit haben, dann wird Herr v. Liebert leicht dem Reichstag ferngehalten sein.“ Die Sozialdemokratie hat nicht viel Vertrauen in die liberalen Wähler. Sollten aber die liberalen Wähler im Kreise Borna-Pegau in der Tat „genügend politische Einheit“ besitzen, so würden sie durch die Entfremdung v. Lieberts ein Reizungswort vollbringen und für eine glänzende freihändlerische Politik im Deutschen Reich wertvolle Vorarbeit leisten! In jedem Fall wird unsere Partei nochmals mit gesammelter Streikraft den Endkampf aufnehmen und alles tun, was geeignet ist, einen Volksfeind aus der deutschen Volksvertretung zu verjagen!

Die Stichwahl im Kreise Meitzschen.

Am Dienstag hat auch die Stichwahl im 2. sächsischen Wahlkreise Borna-Pegau stattgefunden. Diese Wahl wurde erforderlich durch die Kandidaturänderung des Grafen v. Meitzschen. Es wurden abgesehen von Amtsinhaber v. Quast-Hoditz (kons.) 13.019, für Grafen v. Meitzschen (lib.) 16.438 und für Schulz (soz.) 698 Stimmen. Also ist somit gewählt. In der allgemeinen Wahl am 12. Januar 1912, siegte der Graf Meitzschen mit 15.857 Stimmen gegen 13.184 konservativ und 1084 sozialdemokratische Stimmen ebenfalls im ersten Wahlgange.

Die Folgen des Attentats.

Caillaux' Nachfolger. — Eine sächsische Sitzung.

Caillaux ist seinen Verletzungen erlegen, Caillaux hat bereits in Renault seinen Nachfolger gefunden und die Rechte machte die Wäre zum Ausgangspunkt eines Stimmungsgriffs in der Kammer — das sind die Folgen des Attentats der Frau Caillaux.

Es ist charakteristisch für die Zersplitterung der Reaktionskräfte, daß sie die Verleumdung des toten Jigard-Direktors weiter auszuweitern trachten, um damit im Parlament eine Schmach gegen die Regierung der Einmündlichen zu schlagen. Der Angriff Jigardts war wurde eher zu einem Erfolg des Kabinetts Comergue als seiner Gegner. Marinemischer Meris beantwortete die Anfrage nach seiner Beteiligung in der Rochette-Affäre mit einem glatten „Nein“, „Dokumente“ erwiderte sich als eine Kopie, und Parthou, der es vor dem Hause verlas, mußte sich im Gesicht fügen lassen, daß er zum Zwecke politischer Intrige ein amtliches Schriftstück dem regierungsgeländlichen Jigardt angetragen habe. Die Sitzung des Jours, der die Reorganisation einer Enquete über Rochette und die Aufklärung der parlamentarischen Kommission

mit gerichtlichen Befugnissen sowie die Untersuchung über die Manipulationen, die mit dem Dokument vorgenommen wurden, forderte, fand starken Beifall.

Die ganzen Enthüllungen offenbaren die Fäulnis des bürgerlichen Regimes. Die Reaktionskräfte sind eifrig am Werk, um die gegenwärtige Stimmung für sich auszunutzen. Die Lage ist aber für die Sozialdemokraten sehr günstig, da sie den prinzipiellen Kampf gegen den kapitalistischen Staat und seine Korruption unter die Wähler tragen können.

Auf den Straßen von Paris sind die Reaktionskräfte drauf und dran, mit der sinnverwirrenden Tat der Frau Caillaux die Sinne des Publikums zu verwirren. Royalistische Studenten und gedungene nationalistische Schreiber durchzogen in Paris gestern die Straßen des lateinischen Viertels mit dem Rufe: „Caillaux, der Vörderer!“, demonstrieren vor der Wohnung des Finanzministers und verurteilten Volksansammlungen, während die Mehrzahl der bürgerlichen Blätter betont, daß keine Partei und kein Mann für die Tat eines überreizten Weibes schuldig gesprochen werden könne. Vielleicht dient die Schierei der Bürgerin Caillaux dazu, das Vorurteil zu zerören, das bei solchen Tragödien immer nach politischen Verantwortlichkeiten sucht. Parteien und Ideen mit dem Mafel des Wortes zu besetzen, ist ein bequemes, aber selten rechtliches Mittel des politischen Kampfes. Nur unter außerordentlichen Umständen — wie zum Beispiel zeitweilig in Russland — nimmt der politische Kampf mit unter Formen an, unter denen es sich tatsächlich um das körperliche Sein oder Nichtsein des Gegners handelt, wo also das Attentat nicht der Ausdruck einer individuellen Entartung, sondern eine opfermütige politische Tat sein kann. Westlich der russischen Grenze gibt es aber keine Partei und keine politische Ideallinie, deren Aktion in der körperlichen Vernichtung des Feindes ihre letzte konsequente Ausdrucksform findet.

Oben jetzt geht unter der Heberdeck: Ein sozialdemokratischer Nord eine Reiz durch die reaktionäre Presse, in der berichtet wird, daß in Wien ein christlichsozial geführter Laternenanzünder namens Wenzel Jima erlöchen aufgefunden wurde. Der Täter ist zwar noch unbekannt, aber doch weiß die Deutsche Tageszeitung schon zu berichten, daß der Ermordete „sozialdemokratische Drohbriefe“ erhalten habe und wahrscheinlich „von sozialdemokratischen Agitatoren“ niedergeschossen worden sei. In dem Sinn des stumpfsinnigen Verleumderes bligt auch nicht die Spur des Gedankens auf, was der sozialdemokratischen Bewegung durch den Tod eines armen Laternenanzünderes gebietet sein könnte.

Diejenigen, die anständigen Regungen noch zugänglich sind, mag aber die erschütternde Tragödie von Paris zu besserer Einsicht mahnen. Keine Partei, kein Politiker wünscht keine Aktion von ziellosen Elementen unterstützt zu sehen, deren leeres Argument das Messer oder der Revolver ist. Wenn sich aber auf dem Feld politischer Kämpfe, die notwendig und heilsam sind, vereinzelt Ausbrüche menschlicher Leidenschaft ereignen, so soll man solche Fälle menschlich verstehen, nicht politisch ausnützen. Nur Retter gegen systematische Verleumdungen, nicht die Absicht, den Gegnern etwas anzuhängen, zwingt uns zu der Feststellung, daß das politische Attentat in den letzten Jahren sozusagen zum Monopol der oberen Schichten und bürgerlich denkender Leute geworden ist. So oft auch der Revolver knalke — es gab keine Gelegenheit zu antisozialistischen Attentatshegen!

Die sächsische Kammerdebatte.

Paris, 17. März.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung brachte der republikanische Deputierte Delahaye folgenden Antrag ein:

„Erzehl über das gestrige Attentat, durch das nach dem Gekanntnis seines Verheerenden Einwirkungen verändert werden sollten, die den gegen eine Verleumdung gerichteten Verdacht der Verleumdung zu verurteilen geeignet sind, fordert die Kammer die Regierung auf, diese Verleumdungen abzuklären oder sie zur Verfolgung der Angelegenheit zu zwingen.“

Delahaye fragte den Minister Monts, ob er, als er noch Justizminister war, den Ausschub des Verleumdung gegen Rochette angeordnet habe. Monts antwortete nach längerem Schwelgen: Ja, habe niemals den Befehl des Verleumdungsbefehls gegeben, auf den Delahaye anspielt und habe niemals den Auftrag des Verleumdungsbefehls gegeben. (Beifall bei der Äußerung.) Jaurès, der Obermann des Reichstags, sagte: Man zeige uns das Dokument, wenn es existiert. Delahaye erwiderte: Es ist vorhanden, fragt diejenigen, welche es in der Kammer erhalten haben. Delahaye schloß mit der Versicherung, er kenne den Befehl nicht.

Ministerpräsident Comergue erklärte: Er sei bereit, zur Aufklärung der Sache beizutragen. Minister Monts unterbrach ihn mit den Worten: Er sei dankbar, wenn der Untersuchungskommission beizutragen zu werden. (Beifall auf der Bank.) Darauf erhob sich Parthou und sagte: Hier ist der Befehl des Obermannsbefehls. (Große und langanhaltende Beifall.) Parthou las den Befehl vor in dem Jahre 1891, am 22. März 1911 von Monts angefordert worden zu sein. Monts protestierte noch einmal und sagte, er kenne das Schreiben nicht. Parthou lud zur Verlesung des Briefes fort, in dem Jahre 1891 angefordert, wie er endlich den Willen Monts nachgeben mußte. Parthou schloß mit den Worten, er wolle keine Verantwortung für sein Eingreifen auf sich. (Beifall bei der Verlesung des Briefes in dem Jahre 1891, am 22. März 1911 von Monts angefordert worden zu sein.) (Beifall bei der Verlesung des Briefes in dem Jahre 1891, am 22. März 1911 von Monts angefordert worden zu sein.)

Nachdem Parthou den Bericht des Obermannsbefehls hatte

Stichwahl in Borna-Pegau.

Der heisse Wahlkampf im 14. sächsischen Reichstagswahlkreise hat, wie erwartet wurde, im ersten Wahlgange nicht zur Entscheidung geführt. Es findet Stichwahl statt zwischen dem General v. Liebert und unserem Parteikandidaten Haffel-Loebitz.

Von 27231 abgegebenen und für gültig erklärten Stimmen erhielten:

ParteiSekretär Haffel (Soz.)	12077
Generalleutnant v. Liebert (Reichsp.)	8642
Landtagsabg. Haffel (natl.)	6512

Bei der Hauptwahl am 12. Januar 1912 kämpften die beiden Parteien und Kandidaten um das Mandat. Damals ergaben sich folgende Stimmen:

Haffel	11566
Liebert	7831
Haffel	7217

In der Stichwahl siegte dann v. Liebert mit 13081 Stimmen über Haffel mit 11566 Stimmen; außerdem wurden 12 unbeschriebene Stimmzettel abgegeben. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat die Wahl Lieberts für ungültig erklärt, weil in den Wahllisten zahlreiche falsche Eintragungen nachgewiesen wurden.

Der jetzige Wahlkampf ist von allen beteiligten Parteien mit dem Aufgebot aller Kräfte geführt worden. Auf allen Seiten war man sich bemüht, daß dieser Wahl eine besondere Bedeutung beizumessen ist.

Für die Konservativen im allgemeinen und für ihren Kandidaten v. Liebert im besonderen handt sehr viel auf dem Spiel. Würde v. Liebert, der Begründer und Säugling des sächsischen Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, in den Reichstag gewählt, so bedeutete dies mehr als den Verlust eines Wahlkreises; es bedeutete den endgültigen und völligen Zusammenbruch jenes Verbandes, der bei den Wahlen von 1912 bereits sich als gründlich abgewirtschaftet erwies. Für den Herrn von Liebert würde außerdem die Wahl Niederlage das Ende nicht nur seiner politischen Karriere bedeuten, sondern auch das Ende seiner sozialistischen Geldschmäherei. So boten die Konservativen und v. Liebert selbst das Äußerste auf, um den Wahlkreis für sich zu halten. Der Generalleutnant hatte seit Monaten sein Quartier im Kreise aufgeschlagen, ging von Ort zu Ort, besuchte Bauern und Handwerker. Dazu war ein ganzer Staff von Reichsverbandesangehörigen dauernd im Kreise tätig, der von Reichsverbandesangehörigen nicht bestritten — in der technischen Arbeit äußerst tüchtig und gewandt betätigte. Aber diese intensive Kleinarbeit, so glauben wir, als durch die unermüdeten Schimpfblätter, die die Reichsverbandesangehörigen über den Wahlkreis ausstreuten, ist es diesen Kreisen gelungen, ein verhältnismäßig günstiges Wahlergebnis zu erzielen. Die Kampfesweise der Liebertpartei war die unerbittlichste, niedrigste Verunglimpfung des verstorbenen Haffel-Loebitz und ähnliches spielen die Hauptrolle.

Auch die Nationalliberalen haben sich außerordentlich bemüht. Das geringe Jurisdiktion ihrer Stimmen am 12. Januar 1912 hinter denen Lieberts gab ihnen die Hoffnung, diesen aus der Stichwahl bringen zu können und dann im zweiten Wahlgang zu siegen. Noch am Abend vor dem Wahltag sprach das nationalliberale Leipziger Tageblatt die Hoffnung aus, daß es ihrer Partei gelingen werde, nach der rührigen unabhässigen Aufklärungsarbeit, die durch die sächsische Nationalliberalen geleistet worden ist, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun. Obwo sprach das Blatt davon, daß sich die Sympathien weiterer Wählerkreise von Herrn v. Liebert abgewandt haben. Das alles erwies sich als große Selbsttäuschung. Die Nationalliberalen sind die Haupttragenden dieses Wahlscheiters, sie haben 700 Stimmen verloren. Da die Nationalliberalen von vornherein erklärten, daß sie in der Stichwahl für den Konservativen eintraten, so haben offenbar zahlreiche Rechtsnationalisten wählen, die als Gegner dieser Reichsliberalen ihnen überaus angenehmer sein mochte als ein Mitglied der gescheiterten Partei hin und her schwankenden nationalliberalen Partei. Unsere Parteigenossen haben in diesem scheinbaren Wahlkampf ihr Bestes getan. Die örtlichen Organisationen